

Graz lenkt neue Länder nach Europa

Ein Kompetenzzentrum testet Demokratie und Rechtsstaatlichkeit

von Dagmar Eklaude

Seit zwei Jahren besteht an der juristischen Fakultät das Kompetenzzentrum Südosteuropa, geleitet von Josef Marko. Es beteiligt sich an mehreren Forschungsprojekten, die unter anderem den EU-Beitritt der westlichen Balkan-Staaten vorbereiten.

Ursprünglich sollte sein Zentrum aus dem südosteuropäischen Raum stammende Studierende mit jenen Grazer KollegInnen vernetzen, die sich für eben diese Länder interessieren, erzählt Ao.Univ.-Prof. Dr. Josef Marko vom Institut für Österreichisches, Europäisches und Vergleichendes Öffentliches Recht, Politikwissenschaft und Verwaltungslehre. Mittlerweile beschäftigt sich sein Team auch mit Dingen großer politischer Relevanz: Die Ergebnisse von laufenden Forschungsprojekten werden der EU als Grundlage für Verhandlungen mit neuen Beitrittskandidaten dienen.

Demokratische Neu-Orientierung

So untersucht Marko etwa mit vier MitarbeiterInnen den Minderheitenschutz in Südosteuropa und seine Auswirkungen auf die europäische Integration. Dieser Forschungsauftrag wurde vom Bundesministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur vergeben, und zwar im Rahmen des Programms NODE (New Orientations for Democracy in Europe). „Wir sollen die Standards in den untersuchten Ländern mit jenen vergleichen, die die EU vorgibt“, erläutert Marko. Die erarbeiteten Materialien werden in weiterer Folge der Politik zur Verfügung gestellt. Die genauen Untersuchungen sollen im Falle eines EU-Beitritts Spill-over-Effekte auf die „alten“ Länder vermeiden helfen.

Um die Wiederherstellung der Rechtsstaatlichkeit am Westbalkan geht es in einem weiteren Projekt, das die Europäische Kommission in Auftrag gegeben hat. Das Team des Kompetenzzentrums untersucht Poli-



Foto: cp-pictures

Die Grenzen fallen: bald auch jene zu Slowenien

zei, Staatsanwaltschaft und Gerichte in Kroatien, Bosnien-Herzegowina, Serbien-Montenegro und dem Kosovo, Mazedonien sowie Albanien. „Wir sammeln Informationen über die Funktionsweise dieser Organisationen und entwickeln Indikatoren, an denen man Defizite im Bereich der Rechtsstaatlichkeit ablesen kann“, präzisiert Marko. Auch diese Forschungsergebnisse werden von der EU für künftige Beitrittsverhandlungen herangezogen.

Einen Schritt voraus

Aus Anlass der EU-Erweiterung bietet das Kompetenzzentrum Südosteuropa eine Vortragsreihe an, in der WissenschaftlerInnen aus den „neuen“ Ländern wie aus den zukünftigen Beitrittskandidaten über die Situation in ihrer jeweiligen Heimat referieren. Größere Projekte sind keine geplant, denn den aktuellen Entwicklungen ist man naturgemäß ohnehin einen Schritt voraus: „Wir konzentrieren uns bereits auf die nächste Beitritts-Welle 2007“, so Marko. Dann sollen Rumänien, Bulgarien und Kroatien zur Union stoßen. Die Chancen dafür



Grafik: Roman Klug

Die EU wächst: 2010 sollen vier Länder des Westbalkans beitreten, das Kompetenzzentrum für Südosteuropa untersucht derzeit die Voraussetzungen.

hinter sich und weist bereits ähnliche Wirtschaftsdaten wie die Slowakei und Polen auf. Der einzige Stolperstein ist die Auslieferung von Kriegsverbrechern nach Den Haag, die der Staat derzeit noch verweigert.“

Skeptischer ist Marko, was die für 2010 angepeilte Aufnahme der restlichen Westbalkan-Länder in die EU betrifft: „Durch die Kriege in Ex-Jugoslawien sind die Staaten in ihrer Entwicklung stecken geblieben. Sie müssen nun diese Schäden überwinden und gleichzeitig einen Transformationsprozess aus einem kommunistischen in ein marktwirtschaftliches System durchmachen. Als Beitritts-Datum ist für mich 2015 realistischer.“